

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

05.11.2007

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 28. Sitzung
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 5. November 2007

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 21:53 Uhr
Ort : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Jost Aé
- Dr. Gerhard Bartels
- Dr. Ullrich Bittner
- Rita Duschek
- Rudi Duschek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Maria Gomolka
- Kerstin Hochheim
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Matthias Horn
- Edwin Hübner
- Wolfgang Jochens
- Markus Jülich
- Christian Kruse
- Hinrich Kuessner
- Dr. Luer Kühne
- Marian Kummerow
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Dr. Thomas Meyer
- Karin Müller
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Rainer Mutke
- Sebastian Ratjen
- Olaf Schmidt
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Mechthild Thonack
- Bernd Uhlig
- Christiane Walther
- Wilfried Zink

Entschuldigt:

- Dr. Jürgen Bremer
- Dr. Ralf Döring
- Marion Heinrich
- Dr. Jörn Kasbohm
- Christa Landmesser
- Dr. Gustav Seils
- Ulla Tesmer

Unentschuldigt: Lars Templin

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
- T01. Besetzung der Ortsteilvertretung Innenstadt B428-28/07
Grüne/ok
- T02. Änderung der Besetzung in Gremien durch die CDU-Fraktion B429-28/07
CDU-Fraktion
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Bericht über die Arbeit des Seniorenbeirates
Herr Dr. Frisch
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 5.1. Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson B430-28/07
der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I , Amt 10
- 5.2. Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters B431-28/07
Bestellung eines Vertreters der Universitäts- und Hansestadt
Greifswald in die Trägerversammlung der "Arbeitsgemeinschaft der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit
Stralsund"
Oberbürgermeister
- 5.3. Mitgliedschaft im ICLEI-Städteverbund B432-28/07
Wirtschafts- und Kulturausschuss
- 5.4. Jahresabschluss 2006 des See- und Tauchsportzentrums B433-28/07
- Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
STZ
- 5.5. Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters vom B434-28/07
12.10.2007 zur Entsperrung von Haushaltsmitteln im Vermögens-
haushalt
Dez. III , Amt 32
- 5.6. 6. Änderungssatzung der Abfallgebührensatzung vom 23.12.1999 B435-28/07
zur Erhebung von Abfallgebühren für das Jahr 2008
Dez. II, Amt 60
- 5.7. Änderung der Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt B436-28/07
Greifswald für die Benutzung von Sportstätten in kommunaler Trä-
gerschaft
Kooperation (CDU, SPD, FDP, BG)
- 5.8. Ersatzneubau für die Kindertageseinrichtung "Am Grünland" für 60 B437-28/07
Kinder
Dez. III, Amt 51
- 5.9. Wohnbauflächenentwicklung (ISEK-Teilfortschreibung)
Dez. II, Amt 60
- 5.10. 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Han- B438-28/07
sestadt Greifswald (B.-Plan Nr. 12 - Am Rosental)
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 5.11. 1. Ergänzung und 1. Änderung des B.-Plans Nr. 12 - Am Rosental - B439-28/07
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 5.12. B.- Plan Nr. 80 - Nördliche Grimmer Straße B440-28/07
- Aufstellungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 5.13. B.-Plan Nr. 13 - An den Gewächshäusern
- Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Dez. II, Amt 60
- 5.14. Bebauungsplan Nr. 103 - Karl-Krull-Straße B441-28/07
Satzungsbeschluss
Dez. II, Amt 60

6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
7. Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
8. Mitteilungen des Präsidenten
9. Bestätigung der Niederschrift vom 24.09.2007
10. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 32 Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig. Der Oberbürgermeister, Dr. König, und die beiden Stellvertreter, Herr Arenskrieger und Herr Dembski, sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Verwaltung zieht die Vorlagen zum TOP 5.9 (Wohnbauflächenentwicklung (ISEK-Teilfortschreibung)) und 5.13 (B.-Plan Nr. 13 - An den Gewächshäusern - Änderung des Aufstellungsbeschlusses) zurück.
Herr Arenskrieger begründet das Zurückziehen der Vorlagen.

Herr Liskow informiert, dass zwei Tischvorlagen ausgereicht sind:

- Besetzung der Ortsteilvertretung Innenstadt

Grüne/OK

als TOP 5.01 in die Tagesordnung eingeordnet

- Besetzung der Ortsteilvertretung Schönwalde II

CDU-Fraktion

als TOP 5.02 in die Tagesordnung eingeordnet

Außerdem hat der Ausschuss für Bildung, Universität und Sport einen Änderungsantrag ausgereicht, der unter dem TOP 5.7 mitbehandelt wird.

Herr Multhaus beantragt eine Änderung der Tagesordnung. Bevor neue Beschlussvorlagen diskutiert werden, soll über die Niederschrift der letzten Sitzung befunden werden. Der Antrag lautet, den TOP 9. vor dem TOP 5. zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 10 Ja-Stimmen und
1 Stimmenthaltung abgelehnt

Der Präsident stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und
3 Stimmenthaltungen bestätigt

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

- keine Fragen der Einwohner

Zu TOP: 4 Bericht über die Arbeit des Seniorenbeirates

Herr Dr. Frisch, Vorsitzender des Seniorenbeirates, berichtet entsprechend der Hauptsatzung über die Arbeit des Seniorenbeirates. Die schriftlichen Ausführungen liegen in der Kanzlei der Bürgerschaft vor.

Anlässlich der Eröffnung der entwicklungspolitischen Tage in Greifswald vom 05. bis 16. November 2007 findet im Foyer des Rathauses eine Verkostung von Apfel-Mango-Saft aus Elmenhorst statt.

Pause 18:28 Uhr 18:55 Uhr

Zu TOP: 5 Diskussion von Beschlussvorlagen

**Zu TOP: 5.01 Besetzung der Ortsteilvertretung Innenstadt
B428-28/07**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Neues Mitglied in der Ortsteilvertretung Innenstadt wird Herr Robert Brockmann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP: 5.02 Änderung der Besetzung in Gremien durch die CDU-Fraktion
B429-28/07**

Herr Multhauf kritisiert die Art und Weise, wie die CDU-Fraktion ein aktives unbequemes Mitglied, den Vorsitzenden der Ortsteilvertretung Schönwalde II „entsorgen“ will. Das sei unfair und undemokratisch.

Herr Multhauf bittet darum, dass Herr Horn sich vorstellt.

Weiterhin bittet er das Präsidium, es möge prüfen, ob bei der nächsten Wahl die Vertreter für die Ortsteilvertretungen zukünftig nicht direkt durch den Bürger gewählt werden können.

Herr Liskow zitiert, dass entsprechend der Kommunalverfassung M-V die Ortsteilvertretung parteienproporzgerecht durch die Fraktionen besetzt werden. Sie können nicht direkt durch den Bürger gewählt werden.

Herr Horn stellt sich den Mitgliedern der Bürgerschaft vor.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald beschließt:

Herr Olaf Tammert scheidet aus der Ortsteilvertretung Schönwalde II aus.

Herr Matthias Horn wird neues Mitglied in der Ortsteilvertretung Schönwalde II.

Abstimmungsergebnis: bei 23 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.1 Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B430-28/07

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald wählt

Herrn Hans-Jürgen Graf als	Schiedsperson der Schiedsstelle der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
und Frau Anke Tengler als	stellvertretende Schiedsperson der Schiedsstelle der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Abstimmungsergebnis: bei 30 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen
beschlossen

**Zu TOP: 5.2 Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters
Bestellung eines Vertreters der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in
die Trägerversammlung der "Arbeitsgemeinschaft der Universitäts- und
Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund"**
B431-28/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestätigt eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters vom 18.10.2007 zur Bestellung des

zuständigen Senators für Jugend, Soziales, Bildung,
Kultur und öffentliche Ordnung
Herrn Ulf Dembski

als Vertreter in die Trägerversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund (ARGE).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und
2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.3 Mitgliedschaft im ICLEI-Städteverbund
B432-28/07

Herr Mutke bringt die Beschlussvorlage als Vorsitzender des Wirtschafts- und Kulturausschusses ein und begründet sie.
ICLEI heißt International Council for Local Environmental Initiatives, das ist ein Kommunalverbund.

Der Präsident stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

beauftragt die Verwaltung, den Nachhaltigkeitsaspekt im Rahmen der Beschaffung als Beitrag zum kommunalen Klimaschutz zu berücksichtigen und eine Mitgliedschaft im ICLEI-Städteverbund zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Stimmenthaltungen
beschlossen

**Zu TOP: 5.4 Jahresabschluss 2006 des See- und Tauchsportzentrums
- Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B433-28/07**

Der Geschäftsführer des STZ, Herr Schult, bringt die Beschlussvorlage ein und begründet sie.

Aufgrund einer Bemerkung von Herrn Multhauf bestätigt Herr Schult, dass durch den Beschluss über die Einsparung der 1,8 Mio. € das gute Ergebnis des STZ von 2006 in 2007 erschwert wird.

Auf eine Nachfrage von Herrn Dr. Bittner nach der „Artur Becker“ erläutert Herr Schult, dass das MS „Artur Becker“ im Anlagevermögen der „Greif“ erfasst ist und durch den Tauchsportclub e. V. bewirtschaftet wird. Sie wird bei der UHGW geführt, weil die Hansestadt Greifswald Eigentümer ist.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2006 des See- und Tauchsportzentrums, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Lagebericht und Anhang wird mit

einer Bilanzsumme von	2.911.992,54 EUR
einem Eigenkapital von	2.844.587,11 EUR
und einem Jahresverlust von	161.766,83 EUR

festgestellt.

Der Jahresverlust 2006 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald - in Höhe von 161.766,83 EUR wird durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage des STZ ausgeglichen.

2. Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.

Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Domus Revision AG, Berlin als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2007 durch den Landesrechnungshof M-V zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 5.5 Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters vom 12.10.2007
zur Entsperrung von Haushaltsmitteln im Verwaltungshaushalt
B434-28/07**

Herr Liskow bittet aufgrund eines Schreibfehlers den Beratungsgegenstand von Vermögenshaushalt in **Verwaltungshaushalt** zu ändern.

Auf Anregung von Herrn Dr. Bartels ist durch die Verwaltung die Finanzierungsleiste auszufüllen.

Daraufhin macht Herr Dembski einige erläuternde Bemerkungen, dass die Sperrung der 70.000 € mit diesem Beschluss aufgehoben wird.

Im Nachgang zur Sitzung gibt das zuständige Fachamt folgende Finanzierung zu Protokoll:

Finanzierung

	HH-Stelle	Verbale Beschreibung und Bemerkung
1	0.11300.630200	Förderung Hauptwohnsitz, Aufwandsentschädigung

	geplant	vorhanden	Bedarf	Rest	Jährl. Kosten
1	275.000	205.000	70.000	0	

Herr Multhauf bittet darum, dass im nächsten Jahr bei der Vorbereitung der zweiwöchigen „Sondermeldestelle für Studenten und Auszubildende“ im Rathaus ausdrücklich auch die Auszubildenden sich dort anmelden können.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die nachträgliche Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Entsperrung von 70.000 EUR bei der Haushaltsstelle 0.11300.630200.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.6 **6. Änderungssatzung der Abfallgebührensatzung vom 23.12.1999 zur Erhebung von Abfallgebühren für das Jahr 2008** B435-28/07

Der Leiter des Stadtbauamtes, Herr Kaiser, bringt die Beschlussvorlage ein. Die 6. Änderungssatzung macht sich erforderlich, da eine Neukalkulation für bestimmte Dinge (Verwertungsmengen, Verringerung des Abfallvolumens) notwendig waren. Außerdem ist die Unterdeckung aus dem Jahre 2006 abzubauen.

Für Herrn Multhauf steht der betriebene Aufwand zu den lapidaren Erhöhungen in keinem Verhältnis.

Was viel schlimmer ist, dass die Verwaltung seit Jahren nicht in der Lage ist, eine gerechtere Gebührensatzung zu erarbeiten. Die vorgelegte Beschlussvorlage sei die ungerechteste Gebührensatzung in ganz Deutschland.

Die Gebührensatzung in Stralsund ist wesentlich gerechter als die in Greifswald. Eine große Mehrheit profitiert in Greifswald davon, dass die nicht so vermögenden Leute diese Gebühren mitbezahlen. Der Großteil der Greifswalder zahlt für ein Volumenverhältnis, auf das die Bürger überhaupt keinen Einfluss haben. Unter anderem geht Herr Multhauf auf die AG „Abfallproblematik“ ein, zitiert dabei die Niederschrift der Bürgerschaft vom 11.12.2006 und fordert, dass diese Arbeitsgruppe öffentlich berät, weil das Thema alle Greifswalder berührt.

Herr Arenskrieger bestätigt, dass die Gebühren in anderen Kommunen bzw. Landkreisen gesenkt wurden. Wenn man die Beschlussvorlage genau liest, hat auch Greifswald eine Gebührensenkung. Es müssen aber Verluste aus Vorjahren verrechnet werden, weil in den Vorjahren zu niedrige Gebühren erhoben wurden. Dadurch wird die Gebührensenkung nicht sichtbar. Der Beschluss aus Mai 2007 ist die Grundlage und die Legitimation der Arbeitsgruppe „Abfallproblematik“.

Anhand einer Präsentation berichtet Herr Liedtke über die Arbeit der AGAP. Diese Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Bartels bringt seine Zweifel zum Ausdruck, dass wirklich ein Ergebnis gewollt ist.

Die Bürgerschaft hat sich erst auf Drängen der Fraktion der Linkspartei im April 2007 aufgefordert, einen Beschluss zur Gründung der Arbeitsgruppe zu fassen. Die gleichberechtigte Einbeziehung der Ortsteilvertretungen wurde aber verhindert.

Herr Dr. Bittner ergänzt die Ausführungen von Herrn Liedtke, dass sich die Arbeitsgruppe darauf verständigt hat, dass Sperrmüll und Grünschnitt generell aus der Satzung herausgenommen werden sollen, um die Summe geringer zu halten. Stark diskutiert wurde in der AGAP, dass eine weitere Individualisierung des Mülls stattfinden muss.

Da es um eine Änderung um 1 Cent für die meisten Mülltonnen geht, stellt Herr Dr. Bittner die Frage, ob der Verwaltungsaufwand überhaupt gerechtfertigt ist. Er schlägt vor, auf die 6. Änderungssatzung zu verzichten und die Verrechnungen mit der Satzung 2009 vorzunehmen.

Daraufhin erläutert Herr Kaiser, Leiter des Amtes 60:

Jeder Bürger/Schuldner erhält jährlich einen Gebührenbescheid über die zu errichtenden Müllgebühren. Für das nächste Jahr würde der Bescheid die neuen Zahlen enthalten, das wäre kein zusätzlicher Bescheid. Das findet jedes Jahr statt, wenn der Bürger seinen Aufkleber für die Mülltonne bekommt. Das einzige Problem wäre, bestehende Daueraufträge zu ändern.

Herr Arenskrieger macht deutlich, dass es nicht möglich sei, die Gebühren so zu berechnen, dass dabei plus/minus Null herauskommt, d.h. dass sich nichts ändert im Vergleich zum Vorjahr.

Die Müllgebührensatzung, so Frau Socher, ist etwas, was die Gemüter seit Jahren intensiv beschäftigt. Die Grünen haben sich mit Herrn Senst bereits seit Jahren für eine gerechtere Müllgebührenberechnung eingebracht. Inzwischen muss festgestellt werden, dass die lineare Gebührenberechnung nicht genug gerecht ist. Einige sind bevorteilt und einige sind sehr benachteiligt. Auf jeden Fall müssen neue Ergebnisse her. Mit der Individualisierung der Müllberechnung wird den Wohnungsgesellschaften eine ganz wichtige Aufgabe übertragen.

Bei allen Vergleichen, die mit anderen Kommunen angestellt werden, meint Frau Socher, dass in Greifswald ein solides Abrechnungsverfahren installiert worden ist. Wie dieses System gerechter gemacht werden kann, das ist der Punkt. Für Frau Socher scheint der hohe Arbeitsaufwand für diese geringfügige Änderung auch nicht gerechtfertigt.

Herr Dr. Bittner möchte wissen, ob die Verrechnungen (Über- und Unterdeckungen) auch mit der Satzung 2009 möglich sind, dass man auf die 6. Änderungssatzung verzichten kann.

Daraufhin erläutert Herr Hochheim, dass die Satzung für 2007 eine andere Kalkulation beinhaltet als die heute vorgelegte Änderungssatzung. Man kann, um auf die Frage zu antworten, die Verrechnungen des Komplettbetrages auch mit der Satzung für 2009 vornehmen. Die Satzung für 2007 einfach für 2008 zu verlängern, geht nicht, weil die Kalkulationsgrundlage für 2007 eine andere ist als für 2008. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Bartels erläutert Herr Hochheim, dass ursprünglich eine Satzung für 2007 und 2008 vorgelegt wurde. Die Bürgerschaft hatte aber beschlossen, dass die Satzung nur für 2007 gelten sollte. Der zu ver-

rechnende Altfehlbetrag sollte in einem Betrag in 2007 verrechnet werden. Die in der Vorlage stehende Summe von 618 T€ sind in 2006 entstanden, die waren nicht in der Kalkulation für 2007 und 2008 enthalten. Die Verwaltung geht davon aus, dass 2007 kein neuer Fehlbetrag produziert wird.

Herr Multhauf bringt zum Ausdruck, dass die Ortsteilvertretungen Schönwalde I/ Südstadt, Schönwalde II und Ostseeviertel, die die Masse der Gebühren aufbringen, ein gerechteres System wollen und nicht, dass die Gebühren gleichbleiben. Gegenwärtig ist es so, meint Herr Multhauf, dass die Bürger, für die er spricht, kaum Einfluss auf die Müllgebühren haben, im Gegensatz zu den Eigenheimbesitzern.

Da die Redezeit von Herrn Multhauf um ist, entzieht ihm der Präsident das Wort.

Da keine weiteren Wortmeldungen sind, lässt der Präsident über die Beschlussvorlage in unveränderter Form abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die vorgelegte 6. Änderungssatzung der Abfallgebührensatzung vom 23.12.1999 zur Erhebung von Abfallgebühren für das Jahr 2008.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 9 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.7 Änderung der Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Benutzung von Sportstätten in kommunaler Trägerschaft B436-28/07

Für den Ausschuss für Bildung, Universität und Sport bringt Herr Hübner folgenden Änderungsantrag ein:

In diesem Antrag geht es darum, dass eine Arbeitsgruppe gebildet werden soll, die aus Vertretern der Verwaltung und des Sportbundes bestehen soll, die dem Ausschuss zu seiner Novembersitzung einen präzisierten Entwurf der Kooperationsvorlage vorlegen soll.

Auf Rücksprache des Präsidenten mit Herrn Bogaczyk kam heraus, dass prinzipiell nichts gegen die Kooperationsvorlage spricht. Trotzdem sollte eine Arbeitsgruppe gebildet werden, die dann darüber befinden soll, ob eine generelle Änderung der Gebührenordnung erfolgen soll.

Herr Dr. Bartels vermutet, dass etwas nicht ganz sauber läuft. Was ist der Hintergrund des Antrages? Wer hat denn in dieser Stadt so große Sportveranstaltungen, dass er in nennenswerter Größe Abführungen an die Stadt tätigen muss?

Das ist die Sparte Fußball. Das bedeutet, dass Sonderrechte für eine Sparte des Sportes geschaffen werden sollen.

Herr Dr. Bartels fordert auf, der Vorlage nicht zuzustimmen, sondern eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die die Gesamtheit dieser Satzung überprüft.

Frau Socher übernimmt die Leitung der Sitzung und übergibt Herrn Liskow das Wort.

Als Vorsitzender des Verwaltungsrates des GSV 04 und Präsident des Sportfördervereins der Hansestadt Greifswald meldet sich Herr Liskow zu Wort.

Er spricht für die Kooperationsvorlage, weil zurzeit nur ein Verein durch die bisher gültige Satzung benachteiligt wird. Dieser Verein hat Greifswald im Fußball wieder nach vorne gebracht und das muss unterstützt werden.

Herr Hübner stellt richtig, dass das Spiel des GSV 04 gegen Hansa Rostock gar nicht stattgefunden hätte, wenn nicht die Trainer der Mannschaften so gut befreundet wären. Das Stadion hat natürlich nach der Veranstaltung mit 7.000 Besuchern nicht gut ausgesehen. Es muss natürlich dafür gesorgt werden, dass die Ordnung wiederhergestellt wird. Das Verursacherprinzip liegt nicht beim Verein, sondern bei der Gaststätte und darüber muss gesprochen werden.

Der Präsident übernimmt wieder die Leitung der Sitzung und übergibt dem zuständigen Dezernenten das Wort.

Senator Dembski informiert die Mitglieder der Bürgerschaft darüber, dass er sich mit dem Sportbund getroffen hat und dass man in den Dialog getreten ist.

Herr Dembski unterstreicht, dass er ein großes Interesse daran hat, dass der Sport, die Vereine nicht gegeneinander ausgespielt werden. Selbstverständlich wird mit allen geredet.

Die Verwaltung hat bereits unabhängig von den eingereichten Vorschlägen an der Überarbeitung der Gebührensatzung gearbeitet, weil sie an einigen Punkten nicht richtig ist.

Die Verwaltung hat zugegebenermaßen nicht mit einer solch großen Zuschauerzahl gerechnet.

Herr Hochschild würdigt die geleistete Arbeit beim GSV 04, bei der Fußballsparte und er sieht es als Pflicht der Bürgerschaft, dass diese Arbeit entsprechend honoriert wird. Es geht nicht darum, irgendeinem Verein Geld wegzunehmen, sondern, dass einem fleißigen Verein Geld erlassen wird. Die Eintrittsgelder sollen dem Fußballverein zugute kommen, in diesem Fall dem GSV 04.

Herr Hochschild findet es nicht schön, eine Sportart gegen eine andere auszuspielen. Für welche Sportart stehen die Greifswalder als Aushängeschild?

Für die Fraktion Grüne/oK beantragt Frau Dr. Fassbinder im Rahmen der Diskussion, den Änderungsantrag des Bildungsausschusses, der einstimmig im Ausschuss gefasst wurde, alternativ zur Kooperationsvorlage zur Abstimmung zu stellen.

Frau Socher findet es unheimlich toll, egal welche Sportart es auch ist, dass den Vereinen Geld erlassen werden soll und sie spricht sich für den Kooperationsantrag aus.

Für Herrn Multhauf darf es nicht sein, dass auf Kosten Anderer Privilegien für eine einzige Mannschaft geschaffen werden.

Er wiederholt den Antrag des Bildungsausschusses, der einstimmig gefasst wurde und zitiert aus dem Protokoll.

Herr Multhauf vermutet, dass Herr Mundt und Herr Liskow ein Mitwirkungsverbot aufgrund ihrer Aktivitäten im GSV 04 haben.

Da die Redezeit von Herrn Multhauf um ist, entzieht ihm der Präsident das Wort.

(Von dieser Stelle an, werden die Ausführungen auf Antrag der Fraktion Die Linke wörtlich protokolliert.)

Herr Mutke:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir sind ungefähr ´ne halbe Stunde, wir beschäftigen uns ´ne gute halbe Stunde mit diesem Thema. Wir hatten vorher ´ne Cent-Diskussion, die auch ´ne halbe Stunde gedauert hat. Ich würde sehr stark empfehlen, wirklich auf den Kernpunkt und auf das, was hier schriftlich vorliegt, zurück zu kommen. Also die Kernaussage ist ja, dass alle, also die Abfüh-

rungen der Vereine an die Stadt bei Veranstaltungen komplett zu streichen sind. Also, das erst mal vorweg. Hier steht ja auch nichts vom GSV 04 oder von HSG oder von anderen Vereinen. Also das erst mal vorne weg. Als relativ neutraler Beobachter muss ich auch sagen, die Diskussion ist extrem unsachlich und auch überhaupt nicht zielführend in keiner Weise. Also letztlich ist es tatsächlich darauf hinausgelaufen, dass die Vereine gegeneinander ausgespielt werden. Das kann nicht der Sinn und Zweck dieser ganzen Veranstaltung sein. Ich sehe auch bei dem Vorschlag von Herrn Bogaczyk keine großen oder weiterführenden ergänzenden Punkte außer, dass eine weitere Arbeitsgruppe, also, gebildet werden soll und wir können gerne noch mal drauf eingehen, Frau Dr. Fassbinder. Aber der zentrale Punkt noch mal ist, dass wir eine Beschlussvorlage haben, die erst mal in dieser Form sozusagen keinem schadet, d.h. es wird ja keinem anderen Verein etwas weggenommen. Der GSV 04, o.k., könnte theoretisch paar Überschüsse, sofern sie erwirtschaftet sind, zahlen, o.k., mag sein, mag auch nicht sein. Aber ich würde einen letzten Satz, einen vorletzten Satz noch zu dieser Thematik bringen, also, ich denke, und bin auch überzeugt davon, dass man eine Sache berücksichtigen sollte, eine Organisation im Sport, ich komm mal ganz kurz auf Fußball. Fußball ist ja nun mal oder der DFB ist ja nun mal der größte Sportverein mit den meisten Mitgliedern in der Welt, große Erfolge, wissen wir alle. Was man natürlich auch bedenken sollte, ist, dass Fußball ein relativ preiswerter Massensport ist, den Hunderte und Tausende von Kindern ja auch in Greifswald machen, d.h. ob es jetzt GSV 04 ist oder Bau-Weiß oder andere Vereine, die machen sehr viel für die Jugend. Das sollte man bei allem nicht verkennen und zwar in Massen. Also, das sind einfach große Zahlen und da sollte man also auch wert drauf legen und Rücksicht nehmen und an dieser Stelle würde ich gerne, Egbert also, Geschäftsordnungsantrag, dass wir jetzt einfach über diesen Vorschlag hier abstimmen und es wird sicherlich noch weitere Diskussionen in der Zukunft zu dem Thema geben.

Herr Liskow:

Ja, vielen Dank Herr Mutke. Ich hab jetzt einen Geschäftsordnungsantrag: Abbruch der Diskussion ohne weitere Wortmeldungen. Jetzt lasse ich abstimmen, diesen Geschäftsordnungsantrag. Wenn er nicht durchgeht, können wir den nächsten machen. Ach so, Du hast aber Geschäftsordnungsantrag angezeigt, also eine Gegenrede, Herr Dr. Bittner?

Dr. Bittner:

Ja, also, ich möchte in diesem Falle dagegen reden. Es liegen hier ja zwei alternative Anträge vor und der eine Antrag ist in den Sportausschuss so formuliert worden, dass man das noch mal in dieser Arbeitsgruppe berät und das andere zurückstellt. Aus diesem Grunde ist dieser Geschichte, gibt es hier also zwei alternatierende Anträge und wenn wir jetzt die Diskussion abbrechen, muss geklärt werden, welches Verfahren wir haben. Aus diesem Grunde spreche ich dagegen. Ich möchte, dass dieser Antrag aus dem Sportbund zuerst abgestimmt wird und, dass mit diesem Antrag dann klar ist, dass der andere nicht abgestimmt wird, weil über diesen noch mal beraten wird. Das ist doch das Prozedere, was wir dann einhalten müssten.

Herr Liskow:

Vielen Dank, Herr Dr. Bittner. Herr Dembski spricht als Verwaltung noch mal. Bitte, dafür, nehme ich mal an.

Herr Dembski:

Nein, vielleicht habe ich mich nicht deutlich genug ausgedrückt. Der Antrag vom Sportbund hat sich erledigt. Ich hab diese Arbeitsgruppe gebildet. Diese Arbeitsgruppe existiert. Der Sportbund war heute bei mir. Wir haben mit dem Sportbund

drüber geredet und diese Arbeitsgruppe wird weiterarbeiten und es wird weiter diese Satzung überarbeitet werden. Das können Sie jetzt natürlich noch mal beschließen. Sie könnten vielleicht auch beschließen, dass Sie... was? Warum soll das nicht reichen, wenn ich das mache? Ich ... nein ...

(Zwischenrufe aus dem Sitzungssaal)

Vielleicht können Sie mich mal ausreden lassen. Ich kann natürlich, also, ... also bitte schön!

Als Verwaltung können wir arbeiten. Wir müssen nicht den ganzen Tag da sitzen und warten, dass die Bürgerschaft irgendwas beschließt. Und wenn die Verwaltung sagt, wir möchten eine Satzung überarbeiten, dann darf ich nicht mit dem Sportbund zusammenarbeiten, weil mir das Die Linke erst erlauben muss, dass ich mit dem Sportbund reden darf? Also dann haben Sie ein merkwürdiges Verständnis von Demokratie! Wir als Verwaltung ... die Verwaltung hat auch das Recht, selber Satzungsvorschläge zu erarbeiten. Und mit wem ich dazu kommuniziere und mit wem ich dazu rede, das können Sie mir nicht untersagen. Und ich kann Ihnen nur sagen, ich hab mit dem Sportbund heute zusammengesessen und wir werden weiter zusammensitzen und das diskutieren.

Herr Liskow:

Vielen Dank, Herr Dembski. Ich lasse jetzt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer für diesen Geschäftsordnungsantrag ist, Abbruch der Diskussion, den bitte ich um´s Handzeichen!

9 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen, damit Abbruch der Diskussion.

Und ich lasse jetzt die Beschlussvorlagen abstimmen. Zuerst lass ich die Vorlage der Kooperation abstimmen, CDU, SPD, FDP, Bürgerliste, weil der regulär eingebracht wurde und die Verwaltung den anderen für erledigt erklärt hat. Wer dafür ist, also ...

(Protest aus dem Sitzungsraum)

Herr Dr. Bartels, Sie wissen scheinbar aus dem Landtag selber, dass die Regierung oft Sachen schon ...

(Dr. Bartel verlangt eine Auszeit, aus dem Sitzungsraum)

Herr Liskow:

Jetzt sind wir in der Abstimmung, wir sind in der Abstimmung. Ich lass die Vorlage abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die nachfolgende Änderung der Gebührensatzung der Hansestadt Greifswald für die Benutzung von Sportstätten in kommunaler Trägerschaft vom 20. Juni 2005:

Die Anlage – Gebührenverzeichnis – wird wie folgt geändert:

1. die Abführungen der Vereine an die Stadt bei Veranstaltungen nach Punkt Z 1 ist komplett zu streichen.

Die im laufenden Haushaltsjahr 2007 bisher entstanden - und gegebenenfalls auch bereits festgesetzten - Gebühren sind bei begründetem Erlassantrag zu erlassen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die dafür erforderlichen Entscheidungen zu treffen und - soweit diese Entscheidungen durch den Oberbürgermeister selbst nicht getroffen werden können - entsprechende Beschlussvorlagen in die zuständigen Gremien einzubringen. Bereits geleistete Gebühren sind nach dem Erlass zurückzuerstatten.

Soweit die Gebühren noch nicht festgesetzt sind, wird der Oberbürgermeister beauftragt, zu prüfen, ob nach § 163 AO eine Gebührenfestsetzung auf Null in Betracht kommt und diese gegebenenfalls zu veranlassen.

Wer für diese Vorlage ist, den bitte ich um´s Handzeichen:

Abstimmungsergebnis:

23 dafür, 9 dagegen und 1 Enthaltung, damit beschlossen.

Jetzt ist eine Auszeit beantragt worden, von 10 Minuten.

Auszeit 20:40 Uhr bis 20:50 Uhr

Da die Aufnahmetechnik nicht bereit war, ist der Beginn der Ausführungen nicht wörtlich protokolliert.

Die Fraktion Die Linke bittet den Oberbürgermeister prüfen zu lassen, ob entsprechend § 24 der Kommunalverfassung M-V ein Mitwirkungsverbot von Herrn Mundt und Herrn Liskow besteht. Die Fraktion erwartet eine schriftliche Antwort. (Die schriftliche Beantwortung erfolgte am 08.11.2007 an die Fraktion Die Linke und liegt in der Kanzlei der Bürgerschaft vor.)

Herr Kummerow: (ab hier wieder wörtlich)
Ich weiß nicht, warum Sie der Fraktion die Auszeit nicht vor der Abstimmung zugestanden haben, also in dem Moment, wo wir sie beantragt haben.

Herr Liskow:
Das kann ich Ihnen gleich beantworten. Das werden Sie im Protokoll schriftlich haben.

Herr Kummerow:
Als Drittes nochmals an Sie, Herr Präsident. Es gab einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Mutke, eine Gegenrede, die Sie zugelassen haben von Dr. Bittner. Die Fraktion würde gern schriftlich beantwortet haben, aus welchem Grunde Sie Herrn Dembski zu Wort haben kommen lassen. Und als letztes: Wortprotokoll beantragen wir ab dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Mutke bis zum Ende der Aufzeichnung.

Herr Liskow:
Kein Problem, das Wortprotokoll wird bis dahin gemacht. Ich hatte Ihnen gesagt, dass wir in der Abstimmung waren und deswegen ich keine Auszeit mehr zugelassen habe. Es wird auch im Protokoll so stehen. Die Für-Rede war von Herrn Dembski noch mal gemacht worden, weil er noch mal erklärt hat, dass es nicht notwendig war, weil er diese Arbeitsgruppe schon installiert hat.

Herr Multhauf:
Herr Präsident, würden Sie dem Oberbürgermeister bitte die Gelegenheit geben, auf meine Frage zu antworten.

Herr Liskow:
Herr Multhauf, Sie haben jetzt gar nicht das Wort gehabt. Der Oberbürgermeister hat sich zu Wort gemeldet und kriegt das Wort.

Dr. König, Oberbürgermeister:
Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kummerow, ich werde die Frage, die Sie gestellt haben, ich werde es prüfen lassen.

Herr Liskow:
Ist ja selbstverständlich, müssen Sie auch, Herr Oberbürgermeister. Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine.

(Ende des Wortprotokolls)

**Zu TOP: 5.8 Ersatzneubau für die Kindertageseinrichtung "Am Grünland" für 60 Kinder
B437-28/07**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Bestand einer Kindertageseinrichtung im Stadtteil Fettenvorstadt/Obstbausiedlung ist durch den Ersatzneubau für die aufzugebende Kindertageseinrichtung „Am Grünland“ zu sichern. Der Ersatzneubau für 60 zu betreuende Kinder soll nach Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel zum frühestmöglichen Zeitpunkt fertig gestellt werden.
2. Der Ersatzneubau soll am Standort Gützkower Str. 42 erfolgen. Zur Umsetzung des Vorhabens soll ein Realisierungswettbewerb mit mindestens drei im Bau von Kindereinrichtungen sachkundigen und erfahrenen Architekten durchgeführt werden. Dabei sind die Richtlinien des Landes M-V zum Bau einer Kindertageseinrichtung zu beachten. Ebenfalls Berücksichtigung finden soll der Bürgerschaftsbeschluss Nr. 04/656 vom 15.05.2007 „Umweltstadt Greifswald; 10-Punkte-Programm zum Kommunalen Klimaschutz“.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme beschlossen

Zu TOP: 5.9 Wohnbauflächenentwicklung (ISEK-Teilfortschreibung)

- vom Einbringer zurückgezogen

**Zu TOP: 5.10 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (B.-Plan Nr. 12 - Am Rosental)
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
B438-28/07**

Herr Multhauf erklärt, dass aus der Vorlage hervorgeht, inwieweit in die bisherige Ordnung eingegriffen wird.

Wieso hat die Stadt nicht darauf gedrungen, dass die Erweiterung in Ladebow oder Helmshäger Berg stattfindet?

Daraufhin erklärt der Oberbürgermeister, dass das Yachtzentrum auch auf dem Helmshäger Berg investiert. Die Erweiterung am bestehenden Standort bedingt die Produktion des Yachtzentrums. Das Yachtzentrum ist nicht nur ein Arbeitgeber für Stadt und Region, sondern stellt auch einen guten Imagefaktor dar und wirbt für die Stadt Greifswald. Deshalb sollte auch alles für die Erweiterung des Unternehmens getan werden.

Herr Liedtke teilt für den Bauausschuss mit, dass die Fragestellung von Herrn Multhauf auch dort diskutiert wurde.

Der Ausschuss folgt mehrheitlich dem Vorschlag der Stadtverwaltung.

Für die Fraktion Grüne/oK teilt Herr Dr. Bittner mit, dass keine Einwände gegen die Erweiterung des Yachthafens bestehen, jedoch gegen eine Erweiterung in diesem Gebiet. „Das ist das richtige Projekt auf dem falschen Standort.“

Das Gebiet ist hochsensibel, was kulturhistorisch wertvoll ist.

Herr Arenskrieger untermauert, dass auch die Verwaltung die angesprochenen Konflikte sehr wohl sieht. Aus Sicht des Unternehmens sieht die Stadt auch keine

Alternativen. Diese Produktionslinien können nicht auseinandergerissen werden. Im Interesse der Investition und der zusätzlichen Arbeitsplätze hat sich die Stadtverwaltung für diesen Vorschlag entschieden.

Auf die Frage von Herrn Multhauf nach der Größenordnung der Finanzierung teilt Herr Arenskrieger mit, dass sie sich im sechsstelligen Bereich bewegt. Herr Kaiser ergänzt, dass die genauen Zahlen erst im Rahmen der Bilanzierung der 1. Änderung des Bebauungsplanes genannt werden können.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wie folgt:

1. In Abänderung des Änderungsbeschlusses zur 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Beschluss-Nr. B401-26/07 vom 02.07.2007 wird die Plangrenze des Änderungsbereiches geändert und die Abgrenzung wie im Entwurf der o.g. Flächennutzungsplanänderung (Anlage 1) beschlossen.
2. Der Entwurf der 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
3. Der Entwurf der 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) sind gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 BauGB zu dem o.g. Entwurf einschließlich Begründung mit Umweltbericht zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfes der 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und dessen Begründung mit Umweltbericht sind ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 25 Stimmen dafür, 6 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.11 1. Ergänzung und 1. Änderung des B.-Plans Nr. 12 - Am Rosental - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
B439-28/07

Im Rahmen der Diskussion spricht Frau Dr. Fassbinder das wilde Parken an. Wer garantiert, dass die Auflagen aus dem Bebauungsplan eingehalten werden? Auf der Seite 17, 6.4 zu Nr. 5.1, unten ist das Wort „soll“ durch „muss“ zu ersetzen. Frau Dr. Fassbinder bittet um ernsthafte Prüfung zum Punkt 6.11 Verkehr, ruhender und rollender Verkehr, dass auch hier Möglichkeiten gefunden werden.

Herr Arenskrieger nimmt die Anregungen entgegen. Die Einhaltung des Bebauungsplanes wird im Rahmen bauaufsichtlicher Verfügungen kontrolliert und wenn notwendig, wird auch eingeschritten.

Die fußläufige Verbindung zum Holzteichquartier ist bereits realisiert.

Die Verwaltung geht davon aus, dass jetzt ausreichend Plätze in dem Gebiet vorhanden sind bzw. geschaffen werden.

Zum Ampelverkehr kann Herr Arenskrieger keine Aussagen machen. Dieser Bereich gehört auch nicht unmittelbar zum Bebauungsplan. Er kann lediglich anbie-

ten, die Situation dort prüfen zu lassen.

Herr Multhauf fragt nach der tarifgerechten Bezahlung in dieser Firma.

Der Präsident ruft Herrn Multhauf auf, zur Sache zu sprechen.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurf- und Auslegungsbeschluss zur 1. Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 12 – Am Rosental - wie folgt:

1. Der Entwurf der 1. Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 12 – Am Rosental - (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
2. Der Entwurf der 1. Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 12 – Am Rosental - (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) sind gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 BauGB zu dem o.g. Entwurf einschließlich Begründung mit Umweltbericht zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 1. Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 12 – Am Rosental - und dessen Begründung mit Umweltbericht sind ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 23 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 5.12 B.- Plan Nr. 80 - Nördliche Grimmer Straße
- Aufstellungsbeschluss
B440-28/07**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 80 – Nördlich Grimmer Straße - wie folgt:

1. Für das Gebiet - Nördlich Grimmer Straße - (Abgrenzung gemäß Anlage 1) soll ein Bebauungsplan gemäß § 2 Absatz 1 i. V. m. § 13a Absatz 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden. Ziel des Bebauungsplans ist es, das Plangebiet, das sich z.Z. als Gewerbebrache darstellt, als Allgemeines Wohngebiet für betreutes, altengerechtes Wohnen zu entwickeln.
2. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB wird gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Absatz 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 i. V. m. § 13a Absatz 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis: bei 31 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 5.13 B.-Plan Nr. 13 - An den Gewächshäusern
- Änderung des Aufstellungsbeschlusses**

- vom Einbringer zurückgezogen

**Zu TOP: 5.14 Bebauungsplan Nr. 103 - Karl-Krull-Straße - Satzungsbeschluss
B441-28/07**

Herr Multhauf hat einige Bemerkungen zur Sachdarstellung (Seniorenwohnheim der WGG und die ehemalige Krullhalle).

Daraufhin erklärt Herr Arenskrieger, dass all diese Bemerkungen nichts mit dem Bebauungsplan Nr. 103 zu tun haben.

Der Präsident stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 103 – Karl-Krull-Straße – wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Vorentwurfs, Entwurfs, Entwurfs (2.Durchgang) und zum vereinfachten Verfahren des Bebauungsplans Nr. 103 – Karl-Krull-Straße – vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt, wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt. Der Oberbürgermeister wird die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis setzen.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I, S. 3316), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 2006 (GVObI. M-V S. 102) beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald den Bebauungsplan Nr. 103 – Karl-Krull-Straße -, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung (Anlage 2).
3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 103 – Karl-Krull-Straße – wird gebilligt (Anlage 3).
4. Der Oberbürgermeister gibt den Beschluss der Satzung des Bebauungsplans Nr. 103 – Karl-Krull-Straße – gemäß § 10 BauGB ortsüblich bekannt. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung und Umweltbericht während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: bei 32 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

- Information über Hauptausschussbeschlüsse (Anlage zum Protokoll)
- Termine/wichtige Ereignisse (Anlage zum Protokoll)
- Sachstandsmitteilung zum Verfahren der Anteilsveräußerung der WVG mbH
Das Interessbekundungsverfahren endet am 30.11.2007.

Nach Auswertung der Angebote findet eine Sondersitzung des Lenkungsausschusses am 10.12.2007 und eine nichtöffentliche Sondersitzung der Bürgerschaft am 18.12.2007 statt.

- Intensivierung der Gespräche mit den Umlandgemeinden
- 25.11.2007 - Todestag von Eckhard Rütz
Einweihung des Gedenksteines an der Mensa
- 19.11.2007, 19:00 Uhr im Bürgerschaftssaal
Vorstellung der Planungsleistungen „Schuhhagen“
- Information über eine Personalentscheidung der Stadtverwaltung
Es ist beabsichtigt, in Zukunft das Sozial-, Schulverwaltungs- und Sportamt zusammenzulegen. Herr Scheer, Leiter des Jugendamtes, ist kommissarisch mit der Leitung beauftragt.
- Ab Donnerstag, 08.11.2007 liegen alle drei Bände des Haushaltsplanentwurfes 2008 im Internet vor.

Herr Dembski gibt Informationen aus dem Dezernat III.

Anhand einer Präsentation informiert der Senator über den erschienenen Familienatlas 2007 (Anlage zum Protokoll).

Herr Multhauf stellt Nachfragen anhand des OZ-Artikels zum WVG-Anteilsverkauf.

Herrn Multhauf ist der Hintergrund nicht klar, warum der Jugendamtsleiter zwei weitere große Ämter übernehmen soll.

Daraufhin erklärt der Oberbürgermeister, dass Herr Liskow nicht Mitarbeiter der Stadtverwaltung ist. Dr. König weiß nicht, worauf Herr Multhauf anspielen will. Seitens der Stadtverwaltung gibt es zurzeit keine Gespräche mit dem Innenministerium in Schwerin. Eine Trendwende kann nur die Bürgerschaft herbeiführen. Bezüglich der Personalentscheidung erklärt der Oberbürgermeister, dass Herr Scheer als kommissarischer Leiter eingesetzt wurde.

Herr Kummerow fragt nach, mit welcher Zielsetzung die Sondersitzungen der Lenkungsgruppe und Bürgerschaft stattfinden sollen.

Aufgrund des Beschlusses der Bürgerschaft, erklärt der Oberbürgermeister, soll das Verfahren im Dezember fortgesetzt.

Bei der Haushaltsdiskussion ist immer wieder gefordert worden, dass ein Personalentwicklungskonzept vorgelegt wird, erinnert Herr Dr. Bittner.

Welche Vorteile bringt diese Ämterzusammenlegung und was ist der Hintergrund?

Daraufhin teilt der Oberbürgermeister mit, dass das Ziel in einer Effizienzsteigerung der Verwaltung liegt. Es gibt inhaltlich ähnliche Aufgaben in diesen Ämtern. Es wäre auch sinnvoll, ein gemeinsames Gesundheitsamt mit Ostvorpommern zu bilden.

Herr Multhauf fragt nach dem weiteren Verlauf der WVG-Anteilsveräußerung. Sollte den Mitgliedern der Bürgerschaft nicht mehr Zeit gegeben werden, damit sie sich mit dem Thema beschäftigen können?

Der Oberbürgermeister gibt folgende Erläuterungen:

Das Durchsuchen der Unterlagen machen ja nicht die Bürgerschaftsmitglieder, sondern das Beraterunternehmen. Der Terminrahmen wurde durch die Bürgerschaft so beschlossen.

Zu TOP: 7 Fragen der Mitglieder der BürgerschaftFrau Dr. Fassbinder:

Aus aktuellem Anlass erinnert Frau Dr. Fassbinder an den tragischen Unfall am Samstag, bei dem vier junge Menschen ums Leben gekommen sind. Ursache soll sein, dass im Bereich Koitenhäger und Wolgaster Straße illegale Autorennen stattgefunden haben.

Was gedenkt die Verwaltung zu tun, um das zu unterbinden? Welche Maßnahmen könnten da ergriffen werden?

Herr Dembski:

Der Senator teilt mit, dass dieses Thema auch in der Dienstberatung behandelt wurde. Das Ordnungsamt kann kaum etwas ausrichten. Verkehrszeichen und Verkehrsberuhigung werden kaum helfen. Es ist äußerst schwierig, an diese Raser heranzukommen. Selbst für Sozialarbeiter sind diese Leute schwer erreichbar. Im Wesentlichen ist dies eine Aufgabe der Polizei.

Herr Multhauf:

- zu Strompreiserhöhung auf breiter Front durch die großen Konzerne
Diesen Konzernen schlägt Empörung des Bundeswirtschaftsministers entgegen. Welchen Einfluss haben Sie, Dr. König, als Aufsichtsratsvorsitzender und Gesellschafter genommen, diese Preiserhöhung zu verhindern?

Dr. König, Oberbürgermeister:

Der Oberbürgermeister bedauert auch die Entwicklung der Strompreise. Die Gründe, warum dieser Schritt getan werden musste, sind in dem Schreiben dargelegt, das alle Kunden erhalten haben.

Herr Mutke:

Wäre es nicht wünschenswert, die Mitteilungen des Oberbürgermeisters und der Dezernenten in schriftlicher Form einzureichen? Man könnte viel Zeit sparen.

Zu TOP: 8 Mitteilungen des Präsidenten

Am 18.12.2007 findet eine nichtöffentliche Sondersitzung der Bürgerschaft statt.

Am 19.12.2007 wird es einen Empfang des Präsidenten geben, zu dem alle Bürgerschaftsmitglieder, sachkundigen Einwohner und Ortsteilvertreter sowie Vertreter des öffentlichen Lebens eingeladen werden.

Zu TOP: 9 Bestätigung der Niederschrift vom 24.09.2007

Frau Socher bittet um Korrektur ihres Namens auf der Seite 8, oben.
Auf der Seite 17 letzter Absatz, 1 Satz soll ersetzt werden durch: „**Frau Socher empfiehlt die Vorlage.**“

Herr Multhauf bezieht sich auf die Anlage zur Struktur der Verwaltung. Er bittet darum, beim „Senator für Jugend/Soziales/Bildung/Kultur und öffentliche Ordnung“ den Sport zu ergänzen.

Der Präsident lässt die Niederschrift mit der von Frau Socher angesprochenen Korrektur bestätigen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 5 Stimmenthaltungen bestätigt

Zu TOP: 10 Schluss der Sitzung

21:53 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen:

- Präsentation über die Arbeit der AGAP
- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- Termine/wichtige Ereignisse
- Familienatlas 2007 (Vergleich der kreisfreien Städte)
- Beschlusskontrolle in den Fachausschüssen (Oktober 2007)